

Platz abbeck

Nr. 2, 3. März 2008

DIE LINKE.KÖLN

Die Linke.Köln Fraktion im Rat der Stadt Köln

V.i.S.d.P. Die Linke.Köln, Haus Neuerburg, Gülichplatz 3, 50667 Köln,
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41, email: DieLinke.Koeln@stadt-koeln.de,
www.linksfraktion-koeln.de

Wie weiter mit dem Bürgerhaushalt?

Vier Wochen lang, vom 22. Oktober bis zum 19. November 2007, konnten Kölner Bürger Vorschläge machen, wofür die Stadt Köln in den Aufgabenbereichen „Straßen, Wege und Plätze“, „Grünflächen“ sowie „Sport“ ihr Geld ausgeben – oder wo sie sparen soll.

Über 10.000 TeilnehmerInnen hatten sich registriert, um in der so genannten „Dialogphase“ des Bürgerhaushaltes Vorschläge einzureichen. Via Internet, telefonisch und schriftlich mit Antwortbogen kamen so fast 5000 Vorschläge zusammen.

Inzwischen wurden Pro- und Contra-Stimmen zu den einzelnen Punkten miteinander verrechnet und in eine Reihenfolge der 100 am besten bewerteten Vorschläge jedes Themenbereichs gebracht.

Die einzelnen Vorschläge wurden danach von den zuständigen Fachverwaltungen auf ihre rechtliche und faktische Umsetzbarkeit geprüft und mit einer Stellungnahme versehen.

Diese Stellungnahmen zu jedem der insgesamt 300 Vorschläge hat die Kämmerin in einem Bericht zusammengeführt und im Rahmen der Haushaltsplanberatungen den Bezirksvertreterinnen und Bezirksvertretern zur Vorberatung der ihren jeweiligen Stadtbezirk betreffenden Vorschläge vorgelegt.

Dass sich so viele Bürger mit konkreten Anliegen einbringen, war seitens der Stadt nicht erwartet worden. Da der Bürgerhaushalt in Köln zum ersten Mal getestet wurde und sich alle Beteiligten – Bürger, Verwaltung und Politik – noch in einer Lernphase befinden, wurde entschieden, dass auch die Fachausschüsse die Vorschläge bewerten sollen. Die Bewertungen der Bezirksvertretungen sollen nun zunächst noch einmal von der Verwaltung geprüft und in die Beratungsvorlagen für die Fachausschüsse eingearbeitet werden. Dazu gehört auch Bündelung in thematisch gleichartige Vorschläge, so genannte Cluster.

Auswirkungen hat die Befragung der Bürger wohl schon gehabt. Denn dass
weiter Seite 2

„Ratsmehrheit für Vorschläge der Linken“

Managergehälter begrenzen und offenlegen

so titelte die Bild-Zeitung am 28. Februar. Was war geschehen? Die Ratsfraktion hatte einen Antrag zur Offenlegung und Transparenz der Managergehälter in den Rat eingebracht. Rot-Grün hatte zuvor einen gemeinsamen Antrag abgelehnt. Nachdem der Fraktionsvorsitzende Jörg Detjen, Rechtsanwalt Eberhard Reinecke und der Sprecher des Kreisverbandes, Hans Günter Bell, den Antrag auf einer Pressekonferenz vorgestellt hatten, ging alles ganz schnell. Journalisten fragten Rot-Grün, wie sie denn zu dem Antrag der Linken stünden: Kurz danach faxten sie den Journalisten einen Änderungsantrag, handschriftlich mit „Entwurf“ gekennzeichnet, der in eine ähnliche Richtung zielte. Auch die CDU lenkte ein, nachdem sich Angela Merkel in den letzten Tagen ebenfalls kritisch zu den Managergehältern geäußert hatte. Das bedeutet, der Rat wird wahrscheinlich mit großer Mehrheit beschließen, dass zukünftig die

Managerverträge städtischer Unternehmen so geändert werden, dass eine Offenlegung der Gehälter nicht mehr umgangen werden kann.

Bereits im Juni 2007 hatte der Rat mit breiter Mehrheit eine Verwaltungsvorlage beschlossen, durch die Vorstände und Geschäftsführungen der städtischen Beteiligungsunternehmen aufgefordert werden, Einwilligungserklärungen abzugeben, die eine Veröffentlichung der Managergehälter möglich machen. Die Herren reagierten aber nicht. Am 28. Januar 2008 teilte die Verwaltung dies dem Finanzausschuss mit. Da viele Vorständler auch Parteibücher von CDU und SPD haben, war damit zu rechnen, dass sich die bürgerlichen Parteien mit Datenschutzbestimmungen rausreden wollten.

Dem setzte DIE LINKE. einen Riegel vor. Sie unterbreitete einen Vorschlag, wie über die Änderung der Geschäftsführerver-



Fraktionsvorsitzender Jörg Detjen (mit roter Weste) überbringt den Beschäftigten der Stadt Köln während des Warnstreiks am 19. Februar 2008 die Solidaritätsadresse der Fraktion. Rechts daneben: Franz-Albert Krämer, Personalratsvorsitzender der Agentur für Arbeit Köln

jeder fünfte der 150 am häufigsten unterstützten Vorschläge zum Thema Sport den Erhalt der Hallenbäder in Rodenkirchen, Nippes und Weiden forderte, dürfte nicht ohne Einfluss auf die Entscheidung des Rates geblieben sein, den Betrieb dieser Bäder wenigstens bis 2011 zu sichern.

Am meisten ärgerten sich die Kölner über Müll und Hundekot auf Straßen und Plätzen und über zu wenige Kontrollen. Zudem gab es viele konkrete Verbesserungsvorschläge, wo Radwege ausgebaut werden sollten und wie Baumbestand erhalten werden kann. „Hände weg vom Kölner Grün“ stand auf Platz eins der Gesamtrangliste.

DIE LINKE. Köln hat sich in einer Haushaltsklausur mit dem Bürgerhaushaltsvorschlägen und den kommentierten Vorlagen der Verwaltung auseinandergesetzt. Nach kontroverser Diskussion ist sie zu der Ansicht gelangt, dass dem Bürgervotum ohne große Einwände gefolgt werden soll, auch wenn dies bedeutet, dass ‚nicht-linke‘ Forderungen im Ranking vor linken Positionen bleiben. Lediglich unmögliche, d. h. diskriminierende oder allzu phantastische Forderungen sollten aus dem Katalog entfernt werden.

Die große Resonanz schon im ersten Jahr zeigt, dass viele Kölnerinnen und Kölner den Bürgerhaushalt wollen. Eine Ausweitung ist wünschenswert. DIE LINKE. sollte auf möglichst breite Beteiligung hinwirken. Auch Leute, die ohne Internetzugang sind oder aufgrund von fehlendem Selbstbewusstsein und geringer Bildung nicht ohne weiteres am Meinungsbildungsprozess teilnehmen, sollten ermutigt werden, sich zu Wort zu melden. Ein wichtiger Schritt wäre es, Bürgerversammlungen auf Stadtteilebene einzuführen, um auch den Dialog zwischen den Einwohnern zu stärken.

Felix Schulte

träge Druck auf die Herren ausgeübt werden kann.

Die Fraktion hatte vor Jahren – damals ging es um die Frage der Amtsträgerschaft – ein ähnliches Verfahren durchsetzen können.

Transparente Managergehälter sind für die Öffentlichkeit wichtig, aber auch für die Aufsichtsratsmitglieder der städtischen Unternehmen. Meistens sind es Ratsmitglieder, die eigentlich wissen müssten, was der Vorstandsvorsitzende verdient. Doch selbst die wissen nicht Bescheid. Oder wollen sie es nicht wissen?

Dabei kommt es auf Details an. Bekommt der Vorstandler auch ein Erfolgshonorar und wie bemisst sich das: nach Umsatz, Gewinn oder nach Anzahl der Kunden? Oft lässt sich daraus auch eine gewisse Geschäftspolitik erschließen.

Die Rhein-Energie z. B. hat in den letzten Jahren ihren Umsatz durch Zukäufe deutlich erhöhen können. Interessant wäre zu wissen, ob Herr Haumann (CDU) vor Jahren einen Bonus nach Umsatz vereinbart hat und dadurch die „Früchte“ dieser Zukäufe ernten kann. Auf der anderen Seite hat der CDU-Chef Reinartz bei der KVB sicher keinen Vertrag mit Gewinnbeteiligung, denn alle ÖPNV-Unternehmen machen Verluste.

Der Diskussion über die Höhe der Managergehälter wollen die etablierten

Parteien aus dem Weg gehen. Eine Dekkung, wie es der Antrag der Ratsfraktion DIE LINKE. Köln vorsieht, wollen sie nicht mittragen.

Da ist ja selbst der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Jürgen Thumann, kooperativer. Er erklärte in der Süddeutschen Zeitung am 1. März: „Ich kann nur an die Aufsichtsräte appellieren, dass sie dafür Sorge tragen, dass die Aktionäre als Eigentümer der Firmen stärker in diese Frage einbe-



Karikatur: Ralf

zogen werden.“ Bei den städtischen Unternehmen gibt es zwar keine Aktionäre, aber die Kölnerinnen und Kölner sind die ideellen Teilhaber, die es wissen sollten.

Trotzdem: Ein erster Schritt ist gemacht. Wir werden an dem Thema weiter arbeiten.

Jörg Detjen

Für eine soziale und ökologische Wohnungsbaupolitik

Vor drohenden Versorgungsengpässen auf dem Kölner Wohnungsmarkt warnte der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE. Köln, Jörg Detjen, auf der wohnungsbaupolitischen Tagung der LINKEN. am 9.2.2008. Auf Grundlage einer im Auftrag des Ministeriums für Bauen und Verkehr des Landes NRW erstellten Studie des Eduard Pestel Instituts für Systemforschung stellte er den etwa 60 Mitgliedern und Gästen der LINKEN. aus Köln und anderen Städten Nordrhein-Westfalens die zu erwartenden Veränderungen der Wohnungsnachfrage und des Wohnungsangebots in Nordrhein-Westfalen bis 2025 vor.

In den Arbeitsgruppen begründete der Sprecher der LINKEN. Köln, Hans Günter Bell, warum der Staat und die Kommunen in der Pflicht bleiben, durch aktives Handeln allen Bevölkerungsgruppen angemessenen Wohnraum zu verschaffen, und dass diese Aufgabe ohne eine starke öffentliche Wohnungswirtschaft nicht zu sichern ist. Alex Recht, Mitglied im Kreisvorstand der LINKEN. Köln, und Michael Schmidt, Mitglied der LINKEN. in Bonn informierten über Zielgruppen und Instrumente des öffentlichen Wohnungsbaus.

In der Abschlussdiskussion diskutierten Sven Diedrich, Mitarbeiter der LINKEN. Bundestagsfraktion, Wilhelm Schmitz, stellv. Regionalleiter der IG BAU, und Jochen Ott, Vorsitzender des Aufsichtsrates der GAG Immobilien AG u.a. über die Frage, ob es noch Aufgabe staatlicher und kommunaler Wohnungspolitik ist, die Wohnversorgung breiter Schichten der Bevölkerung im Auge zu haben, oder sie sich auf diejenigen Bevölkerungsgruppen konzentrieren soll, die aus eigener Kraft keine

Wohnung finden. Unterschiedlich waren auch die Einschätzungen, wie die finanzielle Förderung des sozialen Wohnungsbaus verbessert werden kann.

DIE LINKE. wird am Thema dran bleiben: So hat sich der Arbeitskreis Stadtentwicklung der LINKEN. Köln und der Fraktion DIE LINKE. im Kölner Rat bereits vorgenommen, weitere Informationen zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus einzuholen, die kritischen Fragen zum Programm „Mieter werden Eigentümer“ mit Vertretern der GAG Immobilien AG zu erörtern und das Gespräch mit den Kölner Wohnungsgenossenschaften zu suchen.

Hans Günter Bell

Hinweis: Alle Vorträge sind auf der Internetseite der LINKEN. Köln nachzulesen. (<http://www.die-linke-koeln.de>)

Aus den Bezirken:

■ Kalk

Öffnungszeiten der Meldehalle

DIE LINKE. Köln hatte einen Antrag gestellt, die Öffnungszeiten der Meldehalle an vier verschiedenen und deutlich sichtbaren Stellen (drei Plakate mit den Öffnungszeiten am Eingang der Gebäude und ein Pla-



kat an der Eingangstür der Meldehalle) anzubringen. Diesen Antrag konnten wir zurückziehen, denn die Verwaltung hatte schnell gehandelt und unsere Forderung schon vor der Sitzung umgesetzt. Wir bedanken uns natürlich auch bei der Verwaltung und an deren Spitze dem Amtsleiter Herrn Bäcker für die zügige Erledigung des Antrages und hoffen auch in Zukunft auf gute Zusammenarbeit und Kooperation. *Özgür Demirel*

■ Kalk

Keine Pläne für leerstehendes Polizeipräsidium

Auf unsere mündliche Anfrage, was mit dem Gebäude der Polizeistation Kalk-Kapellenstraße passieren wird, nachdem die Polizei da ausziehen wird, hat die Verwaltung mitgeteilt, dass das oben genannte Gebäude im Landeseigentum stehen würde und die Verwaltung für die weitere Nutzung des Gebäudes in Zukunft nichts geplant hätte. *Özgür Demirel*

■ Kalk

Bahnübergang in Merheim sicherer machen

Im Juli 2007 wurde in der BV beschlossen, die Installierung einer haptischen Schranken-signalanlage an der Straßenbahnhal-

stelle Merheim zu prüfen. Die Verwaltung wurde beauftragt, mit der KVB Kontakt aufzunehmen. Obwohl seitdem acht Monate vergangen sind, erfolgte von der KVB keine Stellungnahme zu dem Prüfantrag. Dieses war für DIE LINKE. in der Bezirksvertretung der Anlass, die Verwaltung zu beauftragen, den Sachstand in Erfahrung zu bringen.

Die Stellungnahme der KVB kam, wie es denn der Zufall will, pünktlich zu der BV-Sitzung. Hierdrin wird schriftlich festgehalten, dass eine Prioritätenliste erstellt ist, in der die Haltestelle Merheim nicht enthalten ist. Eine Umrüstung bei schon vorhandenen Schrankenanlagen ist im Gesetz nicht vorgesehen. Sie kostet insgesamt 270.000 Euro, die Finanzierung ist nicht sichergestellt. Deshalb lehnt die KVB es ab, die Haltestelle mit einer Warnsignalanlage

umzurüsten. An dieser Haltestelle kam es aber zu einigen Unfällen von Menschen mit Sehbehinderung. So ist die Schrankenanlage schon einmal einem blinden Mann auf den Kopf gefallen und hat diesen verletzt. Deswegen wird DIE LINKE. in der Bezirksvertretung Kalk sich auch in Zukunft mit diesem Thema beschäftigen. Als erstes wird sie sich für die Erweiterung der Prioritätenliste um die Haltestelle Merheim stark machen. *Özgür Demirel*

■ Ehrenfeld

Seniorenheime: Ein-Euro-Jobber statt Fachkräfte

Die Fraktion DIE LINKE. in der Ehrenfelder BV erhielt jetzt auf ihren Antrag hin einen Lagebericht Altenpflege für den Stadtbezirk von der Verwaltung. Daraus geht hervor, dass in den fünf stationären Altenpflegeeinrichtungen insgesamt 581 Plätze zur Verfügung stehen.

Davon sind 71 im Elternheim der Synagogen-Gemeinde, das nur Menschen jüdischen Glaubens aufnimmt. Die übrigen Einrichtungen sind nach Mitteilung der Verwaltung zunehmend interkulturell belegt. Dem entspricht auch die Aussage: „Die Pflegeeinrichtungen in Köln verfügen immer häufiger über Pflegepersonal, das eine muttersprachliche Betreuung und Pflege möglich macht“. Genaue Angaben über Sprachkompetenz des Pflegeperso-

nals, nach der im Antrag gefragt wurde, liegen nicht vor, da sie in der Pflegestatistik nicht erfasst werden.

Der Eigenanteil an den Kosten für die Unterbringung beträgt zwischen 67,28 Euro (ohne Pflegestufe) im SBK-Seniorenzentrum Bocklemünd und 128,04 (Pflegestufe 3) im Elternheim der Synagogengemeinde. Die Unterschiede „begründen sich im Wesentlichen durch die unterschiedliche Höhe der Investitionskosten im Pflegesatz“.

Eine Überprüfung der Heime findet jährlich – bei Beschwerden zeitnah – statt. Bisher wurden nur ein Viertel der Besuche unangemeldet durchgeführt, ab diesem Jahr müssen es mindestens 50 Prozent sein. Dabei werden in einem zehnteiligen Fragebogen zahlreiche Angaben festgehalten, u. a. über Qualität und Quantität des Personals sowie Fortbildungsangebote. Ebenso finden Gespräche mit dem Heimbeirat und Bewohnerinnen und Bewohnern statt.

Die Frage nach der Personalausstattung der Heime ergab, dass die Quote der Fachkräfte zwischen 51,7 % im „Elternheim“ und 70,44 % im SBK Bocklemünd-Mengenich schwankt. Diese Einrichtung beschränkt sich übrigens als einzige auf nur eine so genannte „Integrationskraft“ von der ArGe und beschäftigt keine Mini-Jobber. Im Theo-Burauen-Haus der AWO senken elf (!) 1-Euro-Jobber (neben 34,55 examinierten und 30,84 Hilfs-Vollzeitkräften) die Fachkraftquote auf den zweitniedrigsten Wert von 52,76 %. Womit wohl wieder einmal die These bekräftigt wird, dass Minijobs und von der ArGe abkommandierte Ein-Euro-Jobber qualifiziertes Fachpersonal verdrängen.

Helga Humbach

■ Ehrenfeld

Vizebürgermeister abgewählt

Zum ersten Mal in der fast 33-jährigen Geschichte der Kölner Bezirksvertretungen wurde ein stellvertretender Bürgermeister abgewählt. Jörg Uckermann (CDU), der durch seine schroff ablehnende Haltung zum Moscheebau Schlagzeilen in der örtlichen und überregionalen Presse machte, wurde mit dem deutlichen Votum von 16: 2 Stimmen von den übrigen Bezirksvertretern abgewählt.

Gegen Uckermann läuft derzeit ein Parteiausschlussverfahren wegen Manipulationen bei den Wahlen zum Ehrenfelder Ortsverband. Die Wahl ist inzwischen unter Aufsicht des Kreisverbandes der CDU wiederholt worden. Uckermann durfte nicht mehr kandidieren.

Nachfolgerin von Uckermann wurde Ursula Strobl, die 2006 in die Bezirksvertretung gewählt wurde. Davor war sie Fraktionssekretärin der CDU.

Helga Humbach

Aus den Ausschüssen:

■ Ausschuss für Schule und Weiterbildung

Wieder nicht genug Plätze an Gesamtschulen

Anfang Januar erklärte Beigeordnete Frau Dr. Klein dem Stadtanzeiger, dass es mit den Irrungen und Wirrungen des letzten Jahres vorbei sei. In diesem Jahr stünden genug Plätze für die SchülerInnen zur Verfügung. Hintergrund für diese Äußerung war, dass eine Lösung für die fehlenden 400 Plätze an Gymnasien, die im vergangenen Jahr für Wirbel sorgten, gefunden wurde. Dennoch bleibt festzuhalten, dass sowohl in den vergangenen Jahren als auch in diesem Jahr nicht genug Plätze an Gesamtschulen zur Verfügung standen und stehen. In diesem Jahr wurden 1315 Schüler an einer Gesamtschule angenommen, 806 mussten abgewiesen werden.

Dies stellt eine Ungerechtigkeit dar, die DIE LINKE. Köln nicht ohne weiteres hinnehmen möchte. Bereits im vergangenen Jahr stellte DIE LINKE. Köln eine Anfrage im Schulausschuss. Auf die Frage nach der Neugründung einer weiteren Gesamtschule antwortete die Verwaltung, dass hierüber im Rahmen der Schulentwicklungsplanung nachgedacht werden müsste.

Da sich aber an der Problemlage auch in diesem Jahr nichts geändert hat, stellten wir erneut eine Anfrage. Wir wollten wissen, in wieweit die fehlenden Plätze an Gesamtschulen in der Schulentwicklungsplanung berücksichtigt wurden und wie wahrscheinlich es ist, dass wir eine weitere Gesamtschule in Köln errichten werden. Denn es reicht nicht, nur ausreichend Plätze für Gymnasien zu sichern. Der Trend zeigt auf, dass die Nachfrage nach Gesamtschulen steigt. Obwohl die Gesamtschule ihrem konzeptionellem Ziel der Durchmischung und sozialen Gerechtigkeit nicht gerecht werden kann, solange es weiterhin ein mehrgliedriges Schulsystem gibt, zeigt die besondere Nachfrage nach Gesamtschulen die Akzeptanz dieser Schulform und die Wichtigkeit dieser auf. Deswegen muss in Köln ernsthaft über eine weitere Gesamtschule nachgedacht werden. Wir können die Eltern, die ihre Kinder auf die Gesamtschule schicken wollen, nicht einfach verärgern und unser Augenmerk nur auf Gymnasien legen.

Letztendlich bleibt aber auch festzuhalten, dass hierfür der politische Wille nicht existiert und die Gesetzeslage auch Hürden errichtet, die eine Neugründung erschweren. Denn bei Gesamtschulen gilt die Leistungsheterogenität als ein wesentliches Strukturelement. Das heißt, die neuen SchülerInnen müssen zu je einem Drittel Empfehlungen für das Gymnasium, Real-

schule und Hauptschule haben, und eine Gesamtschule muss mindestens 4-zügig sein. Die Verwaltung schildert in ihrer Antwort auf unsere Anfrage, dass sowohl die Leistungsheterogenität als auch die Wohnortnähe eine wichtige Rolle bei dem Bedarfsnachweis stellen und diese für Köln nicht erfüllt seien. „Die gesamtstädtischen Zahlen begründen nicht den Nachweis nach einer weiteren Gesamtschule“ so die Verwaltung. Die Schulentwicklungsplanung sieht lediglich jeweils einen weiteren Klassenzug an 2 Gesamtschulen vor.

Wir werden uns trotzdem für eine weitere Gesamtschule in Köln einsetzen. Das Ziel ist eine Schule für alle. Denn nur so kann die soziale Auslese im Schulsystem weitestgehend überwunden und mehr Chancengleichheit gesichert werden. Doch bis dies auf Landesebene durchgesetzt wird, muss die Gesamtschule gestärkt und der Nachfrage der Eltern entgegengekommen werden. *Özlem Demirel*



www.arbeiterfotografie.com

■ Ausschuss für Soziales und Senioren

Disability Management (DiMa)

Am 3. November protestierten Erwerbslose vor der ARGE in Köln-Mülheim u. a. gegen das Projekt Disability Management (DiMa) der ARGE in Köln. In einem Artikel der NRhZ-Online mit der Überschrift „Furcht vor der DIMA“ wird DiMa als „Ausgliederungs-System“ bezeichnet, als „Erwerbslosen-Sortiermaschine“, ja, es wird sogar von „Sonderbehandlung“ gesprochen, einem Begriff, der schlimmste Befürchtungen weckt, weil er sich mit der „Vernichtung lebensunwerten Lebens“ im NS-Staat verbindet. So verlangen denn auch die Organisatoren des Protestes die Einstellung des Kölner Projektes DiMa.

Der Protest und die Presseartikel waren Anlass für eine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. Köln. Die Antwort der Verwaltung geht – offensichtlich wegen der massiven Vorwürfe – ausführlich auf die Fragen ein.

Bereits vor der Gründung der ARGE wurde im „JobCenter“ ein spezielles Fallmanagement „für die Beratung und Betreuung von erheblich gesundheitlich beeinträchtigten Kunden“ entwickelt. Aus diesem „Disability Management“ (DiMa) hat sich im Laufe der Zeit ein eigenes Team mit 26 Fallmanagern entwickelt, das dezentral in allen ARGE-Standorten vertreten ist.

Stellt der Fallmanager bei einem Leistungsberechtigten „erhebliche gesundheitliche Einschränkungen“ fest, nimmt er Kontakt zu dem entsprechenden Ansprechpartner des DiMa-Teams auf. Der Leistungsberechtigte erhält sodann eine Einladung zur erstmaligen Beratung durch den DiMa-Fallmanager. Auf unsere Frage nach der Freiwilligkeit des Angebotes antwortet die Verwaltung eindeutig: „Die Beratung des Kunden im DiMa-Bereich beruht auf dem grundsätzlichen Prinzip der freiwilligen Mitwirkung.“ Nach Auffassung der Verwaltung „kann ein Integrationserfolg generell nur durch eine freiwillige und motivierte Mitarbeit des Kunden erreicht werden.“ Zu unserer Frage nach den Sanktionen heißt es: „Falls ein Kunde die Mitarbeit im Rahmen der DiMa-spezifischen Beratung definitiv ablehnt, erfolgt die sanktionsfreie Rückgabe an den bisher zuständigen Fallmanager.“ Wer weiterhin am Prinzip der Freiwilligkeit und Nicht-Sanktionierung im Zusammenhang mit DiMa zweifelt oder Gegenteiliges erfährt, kann sich also in Zukunft auf diese Antwort der Verwaltung berufen.

Mit Stand vom 21.1.08 wurden insgesamt 3.106 Kunden durch die DiMa-Fallmanager betreut, 1.407 Kunden warteten zu dieser Zeit auf die Klärung der gesundheitlichen Einschränkungen bzw. auf die Übernahme in das DiMa-Fallmanagement. Die Mitarbeiter des DiMa-Bereiches sind „zu einem hohen Anteil ausgebildete Sozialarbeiter und Diplom-Pädagogen“. Ihre interne Qualifizierung dauert ca. drei Monate. Ärzte sind in das DiMa-Team nicht eingebunden.

Die Evaluation des DiMa-Projektes JobPromote von Zug um Zug e.V. durch die Firma Univation kam entgegen der Kritik in der Presse zu einem ausgesprochen positiven Ergebnis. Danach ist JobPromote „ein ambitioniertes Projekt, das mit Teilnehmerstruktur, Integrationsziel und Organisationsstruktur in Deutschland einzigartig ist.“ Durch die Zusammenarbeit mit zahlreichen Unternehmen ist es bislang gelungen, 22 TeilnehmerInnen in den Arbeitsmarkt zu überführen.

Diese Antwort auf die Anfrage der Fraktion DIE LINKE. Köln hat eine doppelte Funktion. Sie dient einmal der Information und unter Umständen auch der Beseitigung von Falsch-Informationen und Vorurteilen. Andererseits gibt es offensichtlich in Zusammenhang mit der DiMa auch Missstände, die von einzelnen Sachbearbeitern verursacht werden. In solchen Fällen kann sich ein Klient auf die Antwort der Verwal-

tung berufen. Und in diesem Zusammenhang spielen Freiwilligkeit und Sanktionslosigkeit, die mit dieser Antwort garantiert werden, eine große Rolle.

Michael Kellner

■ Ausschuss für Soziales und Senioren

Wohnungslose in Köln

Hauptbahnhof Köln. Ein Wohnungsloser bricht zusammen und wird ins Krankenhaus transportiert. 3 Tage später wird er wieder entlassen. Einige Wochen später nimmt ein aufmerksamer Beobachter wahr, dass dieser Mann sich krampfhaft an einem Mülleimer festhält. Er kann kaum mehr auf den Beinen stehen. Er begleitet ihn zum Sozialdienst Katholischer Männer (SKM) am Bahnhof. Dort gelingt es dem Mitarbeiter, ihn in einer Krankenwohnung der Diakonie unterzubringen. Dieser Bericht hat dazu geführt, dass der Vertreter der Fraktion DIE LINKE. Köln im Sozialausschuss eine Anfrage zum Thema Wohnungs- und Obdachlose in Köln gestellt hat.

Wohnungslose sind Menschen ohne Wohnung. Häufig wird ihnen von der Stadt eine Wohnung bzw. Notunterkunft gestellt. Den ResoDiensten der Stadt sind etwa 1.400 wohnungslose Menschen bekannt, unter ihnen 66 % Erwachsene, 34 % junge Menschen im Alter von 18 - 25 Jahren und 23 % Frauen.

Obdachlose haben dagegen kurzfristig keine Wohnung. Im Jahr 2007 sprachen insgesamt 3808 Personen wegen akuter Obdachlosigkeit bei der Stadt vor. Viele von ihnen konnten nach dem Bericht der Verwaltung untergebracht werden. Am 31.12.07 waren insgesamt 2.682 Personen in Obdachloseneinrichtungen untergebracht. Durchschnittlich übernachteten kurzfristig in den zahlreichen Einrichtungen der Stadt 430 Personen.

Nicht alle Wohnungslosen sind bereit, in Sammelunterkünften der Stadt zu übernachten – aus den verschiedensten Gründen. Sie übernachten auf der Straße, unter Brücken und in Hauseingängen, bei jedem Wetter. Gerade dieser Personenkreis kämpft mit großen gesundheitlichen – körperlichen und psychischen – Problemen. Auch für sie stellt die Stadt Hilfen bereit: den Mobilien Medizinischen Dienst des Gesundheitsamtes, eine Krankenwohnung mit 6 Plätzen und 4 Bauwagen in den Wintermonaten. Außerdem bieten Sozialpädagogen ihre Begleitung und Unterstützung an. Die Fraktion meint aber, das ist nicht genug. Sie fordert weitere Bauwagen – nicht nur für die Wintermonate – und vor allem einen Streetworker für die Innenstadt. Die Städte Berlin und Frankfurt haben mit dieser aufsuchenden Form der Unterstützung gute Erfolge erzielt. Der Besuch vor Ort schafft Kontakt und baut Vertrauen auf und macht den obdachlosen Menschen Mut, ihre Anliegen vorzutragen.

Michael Kellner



Mitglieder des Ausschusses Bauen und Wohnen vor den Toren der Offenen Ganztagsgrundschule Kalk-Kapitelstraße

■ Bauen und Wohnen

Der Ausschuss op jöck – zu Besuch bei offenen Ganztagschulen

Am Montag dem 25. Februar war der Ausschuss Bauen und Wohnen – Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft bei drei Lokalterminen an Offenen Ganztagschulen: Zündorf, Irisweg, Vingst, Lustheider Str. und Kalk, Kapitelstr. Organisiert wurde die Rundreise von der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln. Anwesend waren bei allen drei Terminen Vertreter bzw. Vertreterinnen des Trägervereins: Zündorf – Rapunzel, Kalk und Vingst – IN VIA. Insbesondere IN VIA ist Aktivistin der Anti-Hartz-Bewegung als Träger von Ein-Euro-Job-Maßnahmen bekannt.

Auf Frage des Sachkundigen Einwohners Bernd Weber verneinte in Zündorf eine Vertreterin des Trägers Rapunzel den Einsatz von Ein-Euro-Jobbern, während IN VIA den Einsatz bestätigte. In Vingst seien zwei Ein-Euro-Jobber als sogenannte Ergänzungskräfte übernommen worden. Da Ergänzungskräfte sogenannte Geringbeschäftigte sind, bedeutet das damit den direkten Übergang vom Ein-Euro-Job in prekäre Beschäftigungsverhältnisse.

Ein Vergleich der Einrichtungen zeigte, dass Zündorf wohl den besten Standard aller drei Einrichtungen aufweist, obwohl der Neubau deutliche bauliche Mängel aufweist. So war in einem neu eingerichteten Raum über der Tür ein Riss in der Wand zu sehen.

Die Gruppenstärke hier richtet sich nach Funktionsstärken (Basteln, spielen etc.) und kann variieren. Der Betreuungs-

schlüssel liegt überall im Schnitt bei 2-3 Betreuern pro 25-30 Schülern – eine regulär beschäftigte Kraft und 1-2 Ergänzungskräfte.

Sehr unterschiedlich ist die Essensversorgung der Schüler in allen drei Einrichtungen geregelt. Hier sollte unbedingt darauf geachtet werden, dass an allen Standorten gleich hohe Standards gelten.

Bernd Weber

■ Ausschuss für Anregungen und Beschwerden

Zweitwohnungssteuer bei Studenten

Die Stadt hat in der Zweitwohnungssteuer eine Einnahmequelle, die man gut als Abzocke bezeichnen kann. Beispiel hierfür die Eingabe einer Studentin, die einen Teil der Wohnung untervermietet hat und bei der die Stadt nun doppelt kassiert. Und das nicht als bürgerfreundlich bekannte VG Köln hat diese Praxis für recht erkannt. Dabei gibt es hier ungeklärte Fragen. So z.B. die Frage, ob diese Steuer bei Studenten überhaupt erhoben werden darf, denn es ist nicht klar, ob das „Kinderzimmer“ in der elterlichen Wohnung als Erstwohnsitz gelten kann. Die Stadt wartet hier auf eine Grundsatzentscheidung. So die Antwort der Verwaltung auf eine Anfrage der Ratsfraktion. Nichts desto trotz kassiert die Stadt locker weiter, auch doppelt. Mit der Eingabe der Studentin sollte sich der Ausschuss für Verwaltung und Allgemeine Rechtsfragen (AVR) befassen. Ich halte diese Praxis für unangebracht und werde die Überweisung an den AVR beantragen.

Peter Löwisch

Irritationen bei Linken:

Was ist das Platzkonzept und was ist das Volk?

Auch in der Linken sind die Spuren der schwarzen-Pappnasen-Kampagne des Kölner Festkomitees nicht spurlos vorbeigegangen. „Mit der ‚Volksfront‘ für Rot-Grün und gegen das Volk“ wird ein Artikel in der Mitgliederzeitung „Linke Zeiten“ der Kölner LINKEN getitelt. Aus der Kölner DKP dagegen kam die Kritik auf dem internen Weg: „Wie konntet ihr nur ...“

SPD, Grüne und DIE LINKE. hatten auf der Ratssitzung am 29.1. unmittelbar vor Karneval einen Antrag der CDU abgelehnt, der die Volkskarnevalsitzung der KG Alt-Köln „weiterhin als Großzeltveranstaltung auf dem Neumarkt“ vorsah. Damit wäre das Platzkonzept ausgehebelt worden und allen möglichen anderen Veranstaltungen – z.B. dem Oktoberfest – rechtlich ermöglicht worden, sich auch auf dem Neumarkt einzuklagen. Deshalb wird es bei einem möglichen Kompromiss mit Sicherheit auch kein Großzelt auf dem Neumarkt geben.

Die Kampagne der Schwarzen

Dass es sich bei der Auseinandersetzung um eine gezielte Kampagne der Schwarzen und insbesondere OB Schramma ging, wird dabei gar nicht reflektiert und diskutiert. Es ging nämlich darum, die Politik der wechselnden Mehrheiten, auch schon mal „Kölsche Volksfront“ genannt, zu diffamieren. Ein Kommentar von Alfred Merta von der Kölner Bild-Zeitung vom 8. Februar, veranschaulicht das ganz deutlich: „... hat vor aller Welt deutlich gemacht, wie die politischen Verhältnisse in Köln sind. Sie sind unbegreiflich und unerträglich ... Unerträglich ist der verbissene Kleinkrieg, den sich Rot-Rot-Grün und Schramma ständig liefern.“

Und was empfiehlt das schwarze Kampfblatt? „Wie soll so kluge, zukunftsweisende Politik entstehen? Deshalb müssen die Wähler die zwingende Lehre aus dem Aufstand der Pappnasen ziehen. Nach der nächsten Wahl müssen Oberbürgermeister und Ratsmehrheit politisch zusammengehören, auch wenn es zwei verschiedene Wahlgänge sind.“

Das ist keinesfalls doppeldeutig gemeint, wenn man weiß, das der gleiche Kommentator zwei Wochen vorher die theoretische Möglichkeit, einen gemeinsamen OB-Kandidaten von SPD, Grüne und DIE LINKE. aufzustellen, geißelte und als „linkes“ Manöver kritisierte. Verschiedene Kräfte aus dem schwarzen Lager machen also Front gegen Rot-Grün und DIE LINKE. Sie fürchten um Einfluss in der Stadt.

Dabei geht es vor allem auch um inhaltliche Fragen. Der Spielraum des rheinischen Kapitals ist etwas kleiner geworden. Was passiert erst, wenn DIE LINKE. mit einem guten, gestärkten Ergebnis im Stadtrat sitzt? Und um eben diese inhaltlichen Fra-

gen geht es auch bei der sog. Volkssitzung. Wer bestimmt den öffentlichen Raum, das ist hier die Frage.

Das Festkomitee erklärt sich und die Jekken kurzerhand zum „Volk“, und das eigentliche „Volk“ – und das sind auch die Anwohner der Plätze – existiert gar nicht mehr. Die Fraktion DIE LINKE. Köln hat sich aber in der Vergangenheit mit den verschiedensten Anträgen immer wieder für die Interessen der breiten Bevölkerung eingesetzt. Der Köln-Pass ist nur ein Beispiel dafür, dass es ihr um die Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben geht.

Das Platzkonzept

Beim Platzkonzept geht es nicht um Repression, sondern um soziale Rechte. Eigentlich ein ursächlich linkes Thema, nämlich die Verteidigung des öffentlichen Raumes, die gerade seit einigen Jahren in der gesamten Linken heftig diskutiert wird.

Faktisch wird öffentlicher Raum immer mehr privatisiert und kommerzialisiert. In Köln gab es z.B. die Auseinandersetzung, ob und wo der CSD stattfinden kann, die Frage der Überwachung des öffentlichen Raumes, Stichwort Videoüberwachung auf dem Roncalliplatz und Schramma's Kampagne, die Skater von der Domplatte zu vertreiben.

Im Rahmen dieser Diskussion muss man auch die Kritik der Anwohnerinnen und Anwohner rund um die Innenstadtplätze gegen die ständig steigende Lärmbelastigung sehen. Durch Events und Großveranstaltungen anlässlich der Fussballweltmeisterschaft waren in der Innenstadt unerträglich Bedingungen entstanden. Die Behauptung, am Neumarkt würden keine Leute wohnen, ist ein Trugschluss. Köln ist eine der wenigen deutschen Großstädte, in der auch in den Innenstadtkernen, viele Menschen leben, insgesamt 137.000. Auf Grund intensiver Diskussion gerade mit den Anwohnern in der Innenstadt wurde das Platzkonzept entwickelt.

Aus der Präambel: „...Platz‘ bedeutet daher primär Stadtraum/Freiraum. Bürgerinnen und Bürger sowie Besucherinnen und Besucher der Stadt Köln sollen freien Platzraum als Ort städtischer Identifikation erleben können ... Ziel dieses Nutzungskonzeptes ist es daher, entstehende Interessenkonflikte zwischen einer zunehmenden Zahl von Nutzungsanträgen für die begehrten zentralen Innenstadtplätze und den berechtigten Interessen der dortigen Anwohnerinnen und Anwohner wie der Gewerbetreibenden in Bezug auf die Lebensqualität des Öffentlichen Raums in einen angemessenen Ausgleich zu bringen.“

Dieses Platzkonzept ist ein kleiner, aber sehr nützlicher Baustein gegen die Privatisierung des öffentlichen Raums. Nicht ohne Grund hat die FDP das Konzept fron-

tal angegriffen. Regelungen seien nicht nötig. Die CDU verfolgte von Anfang an den Plan, das Konzept aufzuweichen und rechtlich angreifbar zu machen. In der Diskussion thematisierte sie nicht etwa die „Volkssitzung“ – darüber sprach niemand – sondern die CDU wollte das „Oktoberfest“ auf dem Neumarkt belassen und hätte damit den Rechtsrahmen des Konzeptes gesprengt und ermöglicht, dass sich auch andere Großveranstalter mit Großfestzelten hätten einklagen können.

Der Kölner Karneval

In den letzten dreißig Jahren haben linke Kräfte, aber vor allem die grün-alternative Szene immer heftige Kritik am Kölner Festkomitee geübt. Die Stunksitzung und der Geisterzug sind neue, moderne und alternative Aktivitäten, die sich gegen die traditionelle Karnevalskultur richten. Die Sozialdemokraten waren dagegen immer sehr ambivalent, sie pflegten die alte Kultur und sehr spät dann auch die neue. Soll das in der Partei DIE LINKE. Köln dann auch so werden? Schon vor Jahren kritisierten die Grünen zu Recht, dass der Kölner Rosenmontagszug eine kommerzielle Veranstaltung sei und die Zuschüsse aus dem Kölner Stadthaushalt unterbleiben müssten.

Auch wenn die Finanzmittel aus dem Stadthaushalt an das Festkomitee reduziert wurden, bekommt das Festkomitee heute noch 400.000 Euro. So hatte sich die damalige Ratsfraktion der PDS zum Ärger der Grünen dafür eingesetzt, dass der Geisterzug einige zehntausend Euro vom Karnevalsetat abbekam. Dieser populäre Antrag wurde dann sogar umgesetzt.

Vor diesem Hintergrund haben wir nicht die Notwendigkeit gesehen, uns für die Anliegen des Festkomitees zu interessieren und dem CDU-Antrag zuzustimmen. Das würde dann schon die SPD machen. Und die SPD wackelte auch vor der Ratssitzung. Zum Glück wurde der CDU-Antrag abgelehnt und wurden offene Gespräche mit dem Festkomitee beschlossen.

Auch wenn die „Kölsche Volksfront“ in dem Konflikt Federn ließ und die Schwarzen Punkte machten, so bleibt doch das Platzkonzept bestehen. Der Vorwurf, die Fraktion DIE LINKE. im Kölner Rat würde sich nicht für die Interessen der armen Leute interessieren, ist ein plumper Vorwurf. Denn die preisgünstige und trotzdem traditionelle Volkssitzung stand nie in Frage, nur der Standort. Und ob ein kleines Zelt auf dem Neumarkt besser und „sozialer“ ist als ein großes Zelt, – in das mehr Leute reinpassen – auf dem Media-Park, darüber könnte man sich auch noch trefflich streiten. Vielleicht in der nächsten Karnevalssession.

Jörg Detjen, Özlem Demirel,
Michael Kellner

Arme brauchen genug Energie

Angesichts der Forderungen nach Sozialtarifen für arme Strom- und Gaskunden stellt sich die zweite Frage, wer für welche Kosten aufkommen muss.

Die Kosten für Haushaltsenergie sind schon immer Bestandteil des notwendigen Existenzminimums und pauschal im Regelsatz enthalten. Sie umfassen den gesamten Verbrauch an Haushaltsenergie inkl. der Aufwendungen für die Warmwasserbereitung. Nicht enthalten sind die Heizkosten. Die müssen von den Kommunen zusätzlich übernommen werden.

In Zeiten der Sozialhilfe wurden zum notwendigen Verbrauch und den Kosten noch sehr sorgfältige Untersuchungen angestellt. So wurde 1990 für einen Ein-Personen Haushalt ein durchschnittlicher Verbrauch von 1781 kWh pro Jahr (= 148 kWh pro Monat) festgestellt, für 2 Personen 2604 kWh pro Jahr, für 3 Personen 4416 kWh pro Jahr. Auch nach aktuellen Untersuchungen ist ein derartiger Verbrauch – wenn davon Warmwasser finanziert werden muss – als guter, sparsamer Energieverbrauch zu bewerten. Das gilt um so mehr bei armen Menschen, die mehr Zeit zu Hause verbringen müssen und z.B. nicht auswärts essen gehen können und sich nicht die modernsten Energiespargeräte leisten können.

Auf dieser Grundlage wurden 1998 noch 26,31 Euro im Sozialhilferegelsatz für den Stromverbrauch einer Person berücksichtigt, bei Haushalten ab 3 Personen (also Familien) in etwa der doppelte Betrag.

Mit der Umstellung der Regelsätze kam es zu einer schwer zu durchschauenden Manipulation bei den statistischen Werten. Vermutlich hat man sich an Daten von Menschen orientiert, bei denen die Warmwasserbereitung über die Zentralheizung läuft und zu den Heizkosten zählt.

Deshalb ist 2008 - 10 Jahre später - im Regelsatz nur noch 21,75 Euro für Haushaltsenergie enthalten.

Gleichzeitig ist aber Energie nicht billiger geworden, sondern die Durchschnittspreise sind zwischen 1998 und 2006 um 26,8 % und inzwischen vermutlich schon um 30 % gestiegen und diese überdurchschnittliche Preissteigerung ist ebenfalls nicht berücksichtigt.

Nach meinen Berechnungen müssten die Menschen deshalb etwa 150 Euro pro Jahr mehr haben (ab 3 Personen das Doppelte), um nur den bisherigen, sparsamen Stromverbrauch finanzieren zu können. Wenn der lokale Strompreis höher ist als der statistische Durchschnitt, wird die Differenz noch größer. Auch einige Sozialgerichte, wie das LSG Sachsen, haben mit etwa gleichen Ergebnissen inzwischen dazu eigene Untersuchungen angestellt. (auf der Seite www.tacheles-sozialhilfe.de gibt Gabriele

Kraft: „Alg II-Regelsatz deckt Stromkosten nur teilweise“ einen Überblick über die komplizierte Lage). Die Frage liegt inzwischen auch dem Bundessozialgericht vor.

Eines kann man aber schon jetzt feststellen: Spätestens seit der Regelsatzumstellung 2005 können die Haushalte selbst einen sparsamen Energieverbrauch nicht mehr bezahlen und das ist allen Verantwortlichen auch bewusst.



Aber sie nehmen in Kauf, dass entweder immer höhere Schulden entstehen oder dass sich die Bezieher die hohen Kosten vom Essen, der Kleidung o.ä. absparen.

Noch schlimmer: bei denen, die das warme Wasser über die Zentralheizung geliefert bekommen, ziehen die Kommunen von den 21,75 Euro auch noch zu hohe Energiekostenanteile ab. Manche werfen

den Betroffenen sogar vor, Energie zu verschwenden.

Was tun in dieser unübersichtlichen Lage?

Es muss ermittelt werden, wie hoch die Kosten am Ort bei sparsamem Energieverbrauch ausfallen. Sozialtarife können hier für Arbeitslose, vor allem aber auch für Niedrigverdiener eine erste Entlastung bieten. Aber eine Differenz in der ermittelten Höhe kann damit vermutlich nicht aufgebracht werden

Gleichzeitig muss die Kommune mit ihrem Spitzenverband den Bund auffordern, die Regelsätze um die notwendigen Energiekosten zu erhöhen. Der Bund hat mit der Hartz - Reform die finanzielle Verantwortung für das Existenzminimum übernommen. Darauf müssen die Kommunen auch achten, weil einzelne Gerichte inzwischen die den Regelsatz übersteigenden Energiekosten zu den Unterkunftskosten rechnen, die von den Kommunen aufzubringen wären.

Die Kommune klärt auch die Betroffenen über die mangelhafte Regelsatzbemessung auf und unterstützt einzelne Kläger in Musterprozessen. In der Übergangszeit können die Menschen durch nicht rückzahlbare Sonderleistungen und Schuldenübernahme unterstützt werden.

Niedrigverdiener, die keine Regelsätze beziehen, müssen weiterhin durch Sozialtarife entlastet werden.

Helga Spindler

Die Autorin ist Juristin und Professorin am Institut für Soziale Arbeit und Sozialpolitik der Universität Duisburg-Essen.

Zusammenarbeit der Stadt mit der Bundeswehr im Auge behalten

Die Zusammenarbeit des Militärs mit zivilen Behörden sieht DIE LINKE. immer kritisch. Hier werden Grenzen zwischen beiden Institutionen aufgeweicht. Dieser zivile Einsatz, wie er z. B. bei der Flutkatastrophe 2002 vor den Augen der Öffentlichkeit erfolgte, stärkt die Akzeptanz des Bundeswehreininsatzes auch im Inneren. Vom Einsatz bei Naturkatastrophen hin zum Einsatz bei zivilen „Unruhen“ ist es dann kein so großer Schritt mehr.

Um die Situation in Köln einschätzen zu können, fragte DIE LINKE. im Ausschuss für Verwaltung und Allgemeine Rechtsfragen nach der Zusammenarbeit der Stadt mit der Bundeswehr. Dabei wurde bekannt, dass das Militär nicht nur bei Naturkatastrophen und sog. „Großschadensereignissen“ eingreift. Auch im Hintergrund von Großereignissen wie dem Weltjugendtag oder der Fußball-WM wird die Bundeswehr eingesetzt.

Dabei hat die Stadt, vertreten durch die Stabsstelle Städtisches Krisenmanagement, den Hut auf, denn sie setzt die benötigten Einheiten der Bundeswehr ein. Es heißt wachsam bleiben, um diese Einsätze auf ein Minimum zu beschränken.

Jörg Detjen

Platzjabbeck

Bitte **kostenlos** schicken

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Fraktion DIE LINKE. Köln im Rat der Stadt Köln erhalten. Bitte schicken Sie den „Platzjabbeck“ kostenlos und unverbindlich an folgende Adresse:

.....
Name, Vorname

.....
Straße, Postleitzahl, Ort
.....

DIE LINKE. Köln, Fraktion im Rat der Stadt Köln
Gülichplatz 1-3, Postfach 103 564, 50475 Köln
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41

email: DieLinke.Koeln@stadt-koeln.de V.i.S.d.P. Jörg Detjen

AK Jugend und Schule berät über Kinderarmut

Am 23. Februar trafen sich Mitglieder des AK Jugend und Schule mit weiteren interessierten Parteimitgliedern und Sympathisanten, um sich über das Problem der Kinderarmut in Köln auszutauschen. Die Teilnehmer nahmen eine (unvollständige) Bestandsaufnahme der Kölner Situation auf, beschrieben Missstände und diskutierten Lösungen. Dabei lag der Fokus meistens auf dem kommunalpolitisch Umsetzbaren.

Das Landesvorstandsmitglied Carolin Reißlandt führte ins Thema ein. Sie beleuchtete nicht nur Ausmaß und Äußerungen der Kinderarmut, sondern skizzierte auch kurz die wissenschaftliche Diskussion darüber und wie sie sich entwickelt hat.

Drei Workshops zum Thema Jugendhilfe, Übergang Schule – Beruf und Schule und Kinderbetreuung ermöglichten einen detaillierten Blick auf verschiedene Facetten.

Als Gast berichtete uns Franco Clemens von seinen Erfahrungen als Streetworker in Finkenbergring. Viele der genannten Forderungen in der Jugendhilfe setzen an bestehenden Strukturen an, so die gewünschte Schulsozialarbeit an jeder „Brennpunktschule“ oder die bessere Vernetzung der Offenen Ganztagschule in den Stadtteilen. Für andere Probleme gibt es zu wenig Bewusstsein, etwa für die fehlende pädagogische Kompetenz der ARGE-Mitarbeiter gegenüber auch schwierigen Jugendlichen.

Im Workshop Übergang Schule – Beruf waren sich alle darin einig, dass das Grundproblem die fehlenden Ausbildungsplätze seien. In diesem Zusammenhang wurde auf die alte Forderung der LINKEN, einer Ausbildungsplatzabgabe auch auf kommunaler Ebene verwiesen. Berufsbildende Maßnahmen können in dieser Situation eine sinnlose Warteschleife oder eine Chance sein. Für letzteres brauchen wir ein differenziertes, aber klares Instrumentarium statt dem bisher bestehenden unüber-



sichtlichen Geflecht an Strukturen. Generell wurde Kritik an künstlichen Ausbildungsgängen geübt. Auch muss die Teilnahme freiwillig sein, Zwangsmaßnahmen lehnt der Arbeitskreis ab.

Das chronisch unterfinanzierte Bildungssystem ist einem starken Privatisierungsdruck ausgesetzt. Die Bundesagentur für Arbeit fördert durch ihre Ausschreibungen eine ruinöse Konkurrenz zwischen den Trägern. Der Preisverfall der Maßnahmen

führt zu Stellenabbau und Lohnsenkung, was sich nicht nur auf die Jobqualität der Beschäftigten, sondern auch auf die Güte der Maßnahmen auswirkt.

Schule und Kindertagesbetreuung waren Themen des dritten Workshops. Als überkommene Ziele konnten wir die Überwindung des dreigliedrigen Schulsystems, kleiner Klassen in Brennpunktschulen und einen erweiterten Lehrplan, der auch Kurse zu Ernährung und Hauswirtschaft enthält, festhalten. Doch es wurden auch kommunal beeinflussbare Stellschrauben ausgemacht. Forderungen zu Kostenfreiheit von Schulmittagessen, Nachhilfe oder Freizeitmöglichkeiten wurden laut, aber auch der Ruf nach einer Qualitätsverbesserung der Ganztagschulen sowie einer weiteren Kölner Gesamtschule.

Auf der nächsten Arbeitskreissitzung am 13. März sollen die Arbeitsergebnisse weiter diskutiert werden und Schwerpunkte gesetzt werden.

Andrea Kostolnik

Termine – Termine – Termine – Termine

Arbeitskreis Soziales / Hartz IV
Mo, 10. März, 19.30 Uhr
Sitzungssaal der Fraktion
Haus Neuerburg, Gülichplatz 3

Arbeitskreis Jugend und Schule
Do, 13. März, 18 Uhr
Sitzungssaal der Fraktion
Haus Neuerburg, Gülichplatz 3

Arbeitskreis Soziales / Hartz IV
Mo, 7. April, 19.30 Uhr
Sitzungssaal der Fraktion
Haus Neuerburg, Gülichplatz 3

Arbeitskreis Stadtentwicklung
Di, 8. April, 16.30 Uhr

Sitzungssaal der Fraktion
Haus Neuerburg, Gülichplatz 3

Arbeitskreis Jugend und Schule
Do, 10. April, 18 Uhr
Sitzungssaal der Fraktion
Haus Neuerburg, Gülichplatz 3

Arbeitskreis Soziales / Hartz IV
Mo, 5. Mai, 19.30 Uhr
Sitzungssaal der Fraktion
Haus Neuerburg, Gülichplatz 3

Arbeitskreis Stadtentwicklung
Di, 6. Mai, 16.30 Uhr
Sitzungssaal der Fraktion
Haus Neuerburg, Gülichplatz 3